

Sehr geehrter Herr Eichin,
vielen Dank für Ihre Anfrage vom 10.05.2010 zur Riester-Rente. Eine kurze Zusammenfassung der von Ihnen angesprochenen Neuregelung bei der Riester-Rente habe ich als Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz-Josef Nüssgens, Dipl. Finanzwirt

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Referat IV b 4 - Zusätzliche Altersvorsorge, Rochusstr. 1, 53123 Bonn
Tel.: 022899/527-2377 Fax.: 022899/527-1177, e-mail: heinz-josef.nuessgens@bmas.bund.de

Der Europäische Gerichtshof hat geprüft, ob hinsichtlich der nationalen Regelungen zur Riester-Rente gemeinschaftsrechtliche Bedenken bestehen. Mit seinem Urteil vom 10.9.2009 (Rs. C-269/07) hat er das System der Riester-Rente grundsätzlich bestätigt. In bestimmten Fällen mit Auslandsberührung sieht er aber einen Verstoß gegen die Arbeitnehmerfreizügigkeit und fordert eine Änderung der Förder-Regelungen:

- Grenzarbeitnehmer aus Österreich und Frankreich, die dort leben und im Inland arbeiten, und deren Ehegatten sollen zulageberechtigt sein, auch wenn sie in Deutschland nicht unbeschränkt steuerpflichtig sind;
- Grenzarbeitnehmer, die in der inländischen gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind, sollen das im Rahmen des Riester-Vertrags geförderte Kapital auch für die Anschaffung oder Herstellung einer selbst genutzten Wohnung verwenden dürfen, die nicht in Deutschland liegt;
- und schließlich soll die bereits erhaltene staatliche Förderung nicht mehr zurückgezahlt werden müssen, wenn die unbeschränkte Steuerpflicht in der Bundesrepublik Deutschland endet (wenn also bspw. Deutsche ins Ausland verziehen oder ehemalige Gastarbeiter in ihr Heimatland zurückkehren).

Das Gesetz zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften setzt das Urteil in diesen Punkten vollständig um.

Voraussetzung für eine unmittelbare Förderberechtigung war bisher nicht nur die Zugehörigkeit zu einer begünstigten Personengruppe (z. B. Pflichtversicherte in der gesetzlichen Rentenversicherung), sondern auch das Bestehen einer unbeschränkten Steuerpflicht. Hierdurch wurde auch der für die Förderung erforderliche Inlandsbezug hergestellt. In den Kreis der unmittelbar Zulageberechtigten wurden auch diejenigen einbezogen, die im Inland unbeschränkt steuerpflichtig sind, jedoch in einem ausländischen gesetzlichen Alterssicherungssystem pflichtversichert sind, soweit die Pflichtmitgliedschaft mit der Pflichtmitgliedschaft in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung vergleichbar ist. Ab dem Jahr 2010 wird die Förderberechtigung nicht mehr an die unbeschränkte Einkommensteuerpflicht geknüpft. Vielmehr wird der Inlandsbezug durch das Bestehen einer Pflichtversicherung in der inländischen gesetzlichen Rentenversicherung bzw. der Bezug einer inländischen Besoldung hergestellt. Auf diese Weise steht allen in den betreffenden Alterssicherungssystemen pflichtversicherten Grenzarbeitnehmern - obwohl sie im Ausland leben - unabhängig von ihrem konkreten steuerrechtlichen Status die Förderberechtigung zu (§ 10a Absatz 1 EStG). Auch die mittelbare Zulageberechtigung (§ 79 Satz 2 EStG) wird unabhängig von der unbeschränkten Einkommensteuerpflicht ab dem Jahr 2010 ermöglicht. Damit kann auch der im EU-/EWR-Ausland lebende Ehegatte eines unmittelbar förderberechtigten Grenzarbeitnehmers - sofern die weiteren Voraussetzungen vorliegen - als mittelbar Zulageberechtigter die Altersvorsorgezulage beanspruchen.

Nicht mehr begünstigt sind ab dem Jahr 2010 Personen, die in einem ausländischen gesetzlichen Alterssicherungssystem pflichtversichert sind. Eine entsprechende Begrenzung ist gerechtfertigt, da der deutsche Gesetzgeber nicht leistungsmindernd in diese Alterssicherungssysteme eingegriffen hat. Allerdings gilt hier Bestandsschutz für alle, die bereits vor dem 1.1.2010 in einem ausländischen Alterssicherungssystem pflichtversichert waren, und für ihre mittelbar begünstigten Ehegatten. Sie können die Altersvorsorgezulage für Altersvorsorgebeiträge erhalten, die sie auf ihren Riester-Vertrag zahlen, den sie vor dem 1.1.2010 abgeschlossen haben. Sie können somit auch in Zukunft die Förderung beanspruchen.

Außerdem kann das steuerlich geförderte Altersvorsorgevermögen auch unmittelbar für die Anschaffung oder Herstellung oder zu Beginn der Auszahlungsphase des Riester-Vertrags zur Entschuldung einer selbstgenutzten Wohnimmobilie im EU-Ausland oder in einem Staat, auf den das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) anwendbar ist, eingesetzt werden.

Des Weiteren wird - bis auf die o. g. Bestandsfälle - auf die Rückforderung der steuerlichen Förderung verzichtet, wenn der Zulageberechtigte die unbeschränkte Steuerpflicht aufgibt, aber seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in einem EU-/EWR-Staat beibehält. Die bisherige Regelung zur Anwendung der Vorschriften der schädlichen Verwendung gilt künftig nur noch, wenn der Zulageberechtigte in einen Nicht-EU-/EWR-Staat verzieht und entweder die Zulageberechtigung des Zulageberechtigten endet oder die Auszahlungsphase des Altersvorsorgevertrages begonnen hat. Künftig wird allerdings der gestundete Rückzahlungsbetrag verzinst.

Da bei einer Entsendung oder Zuweisung aufgrund der Neuregelung des § 79 EStG künftig die Zulageberechtigung bestehen bleibt, ist die Regelung zur Möglichkeit der nachträglichen Beantragung von Zulagen nach der Rückkehr aus der Entsendung oder Zuweisung und der erneuten Begründung der unbeschränkten Einkommenssteuerpflicht nicht mehr erforderlich.